

Josef Wöss Die Alterung der Bevölkerung ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit – für die Sozialsysteme, für den Arbeitsmarkt, für die Wirtschaft, für die Gesellschaft als Ganzes. Nicht nur auf den Stammtischen machen düstere Prophezeiungen die Runde, vor allem was die Zukunft der Pensionen betrifft. Wie zu zeigen sein wird, werden dabei jedoch häufig Äpfel mit Birnen vermischt und unhaltbare Schlussfolgerungen aus dem demografischen Wandel gezogen.

Nach einer einleitenden Skizzierung des demografischen Wandels wird dem oft sehr fahrlässigen Umgang mit Daten und Dateninterpretationen nachgegangen. Aufgezeigt werden auch die sehr problematischen Wirkungen, die sich daraus ergeben. Die Arbeiterkammer Wien hat zur Gegensteuerung einen Abhängigkeitsquoten-Rechner erstellt. Der Rechner bietet unter anderem die Möglichkeit, den sehr wichtigen Unterschied zwischen demografischen und ökonomischen Abhängigkeitsquoten zu illustrieren und die Bedeutung der künftigen Arbeitsmarktentwicklung ins rechte Licht zu rücken.

Es zeigt sich, dass dem Arbeitsmarkt und der Steigerung der Beschäftigung bei der Bewältigung des demografischen Wandels eine ganz zentrale Rolle zukommt. Die Anhebung der Beschäftigungsquoten ist wohl die „effektivste Strategie, mit der sich Länder auf die Alterung der Bevölkerung vorbereiten können“ (EU-Kommission 2008, 144, Übers. d. Verf.). Mehr und bessere Arbeitsplätze auch für Ältere sind dafür eine Grundvoraussetzung.

Wir werden älter

Wenngleich auch Bevölkerungsprojektionen mit etlichen Unsicherheitsfaktoren behaftet sind,¹ steht außer Zweifel, dass der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massiv in die Höhe gehen wird. Das ergibt sich nicht nur aus der steigenden Lebenserwartung, sondern allein schon aus der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung, in der die „Baby-Boom“-Geburtsjahrgänge aus den 1960er Jahren bei weitem stärker besetzt sind als die nachfolgenden Alterskohorten.

Nach den aktuellen Projektionen von Statistik Austria (vgl. Tabelle 1) wird die Gesamtbevölkerung in Österreich in den kommenden Jahrzehnten beträchtlich wachsen: von derzeit 8,39 Mio. auf 9,02 Mio. im Jahr 2030 und 9,45 Mio. im Jahr 2050. Mehr Menschen werden allerdings nur in der Altersgruppe ab 65 erwartet. Dort soll die Zahl von derzeit 1,48 Mio. auf 2,14 Mio. im Jahr 2030 und auf 2,64 Mio. im Jahr 2050 steigen. Der stärkste relative Zuwachs dürfte bei den über 80-Jährigen eintreten. Dort wird in der Bevölkerungsvorausschät-

zung ein Anstieg von derzeit 0,4 Mio. auf 0,63 Mio. im Jahr 2030 und auf 1,08 Mio. im Jahr 2050 in Aussicht gestellt.

Tabelle 1: Bevölkerung in Österreich 2010–2050 (in Mio.)

	2010	2020	2030	2040	2050
Gesamtbevölkerung	8,39	8,73	9,02	9,26	9,45
Altersgruppe 0–14	1,24	1,24	1,28	1,27	1,27
Altersgruppe 15–64	5,67	5,78	5,60	5,50	5,54
davon: Altersgruppe 55–64	0,96	1,24	1,24	1,13	1,19
Altersgruppe 65plus	1,48	1,70	2,14	2,49	2,64
davon: Altersgruppe 80plus	0,40	0,48	0,63	0,80	1,08

Quelle: Statistik Austria (2011), Tabelle 2.09; eigene Berechnungen.

Weitgehend konstante Zahlen zeigen die Vorausschätzungen bei den Kindern und Jugendlichen im Alter bis 14 und im Erwerbsalter (15 bis 64). Bei den Menschen im Erwerbsalter wird sich allerdings die Alterszusammensetzung ganz erheblich ändern. Durch das Aufrücken der „Baby-Boomer“ in das höhere Erwerbsalter wird zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Menschen in der Altersgruppe 55 bis 64 um fast 300.000 ansteigen. In den nächsten Jahren ist das die bei weitem massivste demografische Verschiebung, die es zu bewältigen gilt.

Die Gegenüberstellung der Zahl der Menschen im Alter ab 65 mit der Zahl der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren ergibt eine „Altenquote“ von 26 %. Bis 2050 wird ein Anstieg dieser Quote auf 48 % in Aussicht gestellt. Oder anders ausgedrückt: Die Relation zwischen den Altersgruppen 15 bis 64 und 65plus wird sich nach den demografischen Vorausschätzungen zwischen 2010 und 2050 von 4:1 auf 2:1 verschieben.

Abhängigkeitsquote ist nicht gleich Abhängigkeitsquote

Es ist evident, dass derart gravierende Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung² massive Auswirkungen in vielen Bereichen haben. Das Finden richtiger Antworten auf den demografischen Wandel muss vor diesem Hintergrund in der Prioritätenliste ganz oben gereiht werden. Umso bedauerlicher ist es, dass der Blick auf zentrale Handlungsoptionen häufig durch falsche Analysen und durch Fehler in der Berichterstattung verstellt wird.

Bezeichnend ist dabei der oft sehr fahrlässige Umgang mit den Unterschieden zwischen demografischen und ökonomischen „Abhängigkeitsquoten“ und zwischen „Erwerbstätigen“ und „Menschen im Erwerbsalter“. Irreführende Begrifflichkeiten, irreführende Darstellungen, irreführende Argumente – all das findet sich selbst in zentralen Dokumenten von renommierten Institutionen.

Dazu zwei Beispiele:

- Auf der Homepage der EU-Kommission (Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion 2010) zur Vorstellung des Grünbuchs zu den Renten heißt es: „Laut Prognosen wird sich bis zum Jahr 2060 in Europa die Zahl der Personen im Ruhestand gegenüber jenen, die die Pensionen und Renten finanzieren, verdoppeln – diese Situation ist auf Dauer einfach nicht tragbar.“

Es gibt jedoch keine einzige Prognose, die eine derartige Verschiebung zwischen PensionistInnen und Erwerbstätigen erwarten lässt. Die angesprochene Verdoppelung ist aus rein demografischen Vorausschätzungen entnommen, in denen verschiedene Altersgruppen, nicht aber PensionistInnen und Beitragszahlende gegenübergestellt werden. Wie abwegig die Gleichsetzung z. B. der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit der Zahl der Erwerbstätigen ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass derzeit im EU-Raum ca. 120 Mio. Menschen im Erwerbsalter nicht erwerbstätig sind – und in diese Berechnung sind die vielen Millionen in Mini-Jobs noch gar nicht miteinbezogen!

- Die OECD schreibt in ihrer zentralen Publikation zu den Pensionen, dass im Jahr 1950 auf mehr als sieben Personen im Erwerbsalter eine Person im Pensionsalter gekommen sei und dass es im Jahr 2047 nur mehr zwei Erwerbstätige pro PensionistIn geben werde (vgl. OECD 2011, 40). Auch hier liegt ein ähnliches Argumentationsmuster vor: Die demografische Einschätzung, dass Mitte dieses Jahrhunderts zwei Personen im Erwerbsalter auf eine Person im Alter ab 65 entfallen werden, wird uminterpretiert in eine Projektion der Relation zwischen Erwerbstätigen und PensionistInnen.

Um das Bild abzurunden, seien noch zwei Beispiele aus den Medien angeführt:

- Das weltweit renommierte britische Wirtschaftsmagazin The Economist publizierte Anfang April 2011 eine Titelstory zur Zukunft der Renten unter dem reißerischen Titel „70 or bust! Why the retirement age must go up“ („[Pensions-]Alter 70 oder Zusammenbruch [der Pensionsysteme]! Warum das Pensionsalter steigen muss“). Als zentrale Begründung für die behauptete Notwendigkeit, das Rentenalter auf 70 anzuheben, wird auf die „dramatische Verschlechterung“ der Relation zwischen Erwerbstätigen und PensionistInnen („ratio of workers to pensioners“) hingewiesen. Illustriert wird der Beitrag mit etlichen Grafiken. In diesen findet sich allerdings etwas anderes, als im Text behauptet wird. In den Grafiken ist nicht das Verhältnis von Erwerbstätigen und PensionistInnen, sondern das Verhältnis zwischen Menschen im Erwerbsalter und Menschen im Pensionsalter abgebildet. Ohne den Unterschied auch nur anzudeuten, wird in beiden Fällen der Begriff „Abhängigkeitsquote“ („support ratio“) verwendet.

- Im Kurier vom 8. Juli 2010 findet sich im Beitrag „Streit um Pensionsantrittsalter“ folgende Textstelle: „Ab 2012, rechnen die Ökonomen, sinkt [in der EU] die Zahl der Erwerbstätigen von derzeit etwa 330 Millionen Menschen bis 2030 auf 317 Millionen und bis 2060 auf weniger als 290 Millionen Erwerbstätige.“ In der EU gibt es jedoch nicht 330, sondern nur 210 Mio. Erwerbstätige im Erwerbsalter. Bei den erwähnten 330 Mio. handelt es sich um die Gesamtzahl der Menschen im Erwerbsalter.

Falsche Analysen – falsche Schlussfolgerungen

In einer im Juli 2011 verfassten Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur demografischen Entwicklung wurde das Problem derartiger Fehldarstellungen aufgegriffen und auf die sehr problematischen Konsequenzen hingewiesen: „Die irreführende Verwendung der demografischen Abhängigkeitsquote und die oftmalige Gleichsetzung der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit jener der Erwerbstätigen geht an der Realität vorbei und verstellt den Blick auf problemadäquate Lösungsansätze.“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2011, 5)

Wie richtig diese Einschätzung ist, zeigt sich an den angeführten Beispielen. Zum einen werden dort die Probleme viel größer gemacht, als sie sind. Zum Ausdruck kommt das in Formulierungen wie in der erwähnten Schlagzeile „70 or bust!“ im Economist.

Aber nicht nur das: Die immer wieder auftauchende Gleichsetzung der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit der Zahl der Erwerbstätigen führt bei der Suche nach Antworten auf die Alterung zur Ausblendung des enormen Potentials, das in einer besseren Arbeitsmarktintegration der Menschen im Erwerbsalter liegt. Zentrale Stellschrauben zur Verbesserung der Relation zwischen LeistungsbezieherInnen und Erwerbstätigen wie

- Abbau der Arbeitslosigkeit,
- bessere Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen,
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- bessere Invaliditätsprävention,
- Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze etc.

geraten nicht einmal ins Blickfeld, wenn nur die zahlenmäßige Besetzung verschiedener Alterskohorten im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Ein erster – ganz wesentlicher – Schritt zur Findung angemessener Antworten auf den demografischen Wandel muss vor diesem Hintergrund darin bestehen, klare begriffliche Abgrenzungen zu etablieren, insbesondere zwischen demografischen und ökonomischen Abhängigkeitsquoten.

- Rein demografische Abhängigkeitsquoten wie die Altenquote beschreiben lediglich die zahlenmäßige Relation zwischen verschiedenen Altersgruppen.
- Ökonomische Abhängigkeitsquoten stellen auf den ökonomischen Status von Menschen ab und beschreiben z.B. die zahlenmäßige Relation zwischen PensionistInnen und Erwerbstätigen.

Für die nachhaltige Finanzierbarkeit der Pensionen bzw. der sozialen Sicherungssysteme insgesamt sind letztlich nur ökonomische Abhängigkeitsquoten bestimmend. Wie sich diese in Zukunft entwickeln werden, hängt keineswegs nur von der demografischen Entwicklung, sondern in hohem Maß auch von anderen Faktoren ab, insbesondere von der Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Evident ist im Sinne der Generationengerechtigkeit, dass angesichts des massiv steigenden Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung künftig auch ein größerer Anteil des erwirtschafteten Wohlstands für Zwecke der Absicherung der älteren Bevölkerung Verwendung finden muss. Die zentrale Aufgabe besteht darin, diesen Kostenanstieg durch sozial vertretbare und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen einzudämmen. Der Arbeitsmarkt bietet dazu ein erhebliches Potential.

Arbeiterkammer-Rechner zeigt: Auf den Arbeitsmarkt kommt es an

In der Arbeiterkammer Wien wurde ein „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ entwickelt, der die Unterschiede zwischen demografischen und ökonomischen Abhängigkeitsquoten und die zentrale Bedeutung des Arbeitsmarktes in diesem Zusammenhang anschaulich macht. Der Rechner bietet die Möglichkeit, auf Basis der gegebenen (bzw. projizierten) Altersstruktur der Bevölkerung diese nach dem ökonomischen Status in drei Gruppen aufzuteilen: Erwerbstätige, LeistungsbezieherInnen (PensionistInnen, Arbeitslose) und Neutrale (Jugendliche in Ausbildung, Hausfrauen/-männer etc.).

Die Gegenüberstellung der LeistungsbezieherInnen auf der einen und der Erwerbstätigen auf der anderen Seite ergibt für Österreich aktuell auf Basis der Daten des Wifo für 2008 eine ökonomische Abhängigkeitsquote von 61 %, d. h. auf 100 Erwerbstätige entfallen 61 Personen, die entweder eine Pension oder eine Geldleistung aus dem Titel Arbeitslosigkeit beziehen. Ausgangsbasis dafür ist eine Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenquote von 66 %.

Im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem der enorme Unterschied zwischen demografischer und ökonomischer Abhängigkeit von Interesse. Die demografische „Abhängigkeit“ liegt bei 26 %, die ökonomische hingegen bei 61 %. Wie wird sich das in der Zukunft darstellen? Die demografischen Projektionen wurden oben bereits mehrfach angesprochen. Viel wichtiger ist jedoch letzt-

lich, wie sich die ökonomische Abhängigkeitsquote entwickeln wird. Der Arbeiterkammer-Rechner zeigt auf, dass dabei – je nach Entwicklung des Arbeitsmarktes – eine erhebliche Bandbreite besteht. In einfachen Worten: Je höher die Zahl der Erwerbstätigen, desto weniger stark der Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote.

Die massiven Auswirkungen der Arbeitsmarktentwicklung lassen sich z.B. durch Gegenüberstellung des „Standard-Szenarios“³ und des „High-Employment-Szenarios“ für das Jahr 2050 demonstrieren. Im erstgenannten Szenario wird für das Zieljahr eine Beschäftigungsquote von 69 % und im „High-Employment-Szenario“ eine Beschäftigungsquote von 76 % angenommen,⁴ was in etwa dem Beschäftigungsniveau im Durchschnitt der drei besten EU-Staaten (Dänemark, Schweden, Niederlande) im Jahr 2008 entspricht.

Bei Realisierung des „Standard-Szenarios“ ergibt sich ein Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote von 61 % auf 90%. Gelingt es, das „High-Employment-Szenario“ zu realisieren, so fällt der Anstieg mit 61 % auf 78 % viel geringer aus und würde damit sogar niedriger liegen als der Anstieg, der in den letzten Jahrzehnten bei der ökonomischen Abhängigkeitsquote zu verkräften war. Bedenkt man, dass die Annahmen im „Standard-Szenario“ im Wesentlichen den Annahmen der Pensionskommission bei ihren Langzeitabschätzungen der Kosten des öffentlichen Pensionssystems entsprechen, dann lässt sich mit dem „High-Employment-Szenario“ sehr gut zeigen, welch großes Potential zur Dämpfung künftiger Ausgaben eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik und eine fairere Verteilung der Arbeit bergen.

Gelingt es dieses Potential verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, so ist damit schon ein erster wesentlicher Schritt getan und das vermeintliche Schreckgespenst „demografischer Wandel“ wird zu einer durchaus bewältigbaren Aufgabe. Ob es in diese Richtung geht, wird nicht zuletzt von den InterpretInnen des demografischen Wandels bestimmt werden.

Literatur

EU-Kommission (2008). Demography Report 2008, Brüssel.

EU-Kommission (2009). Ageing Report 2009, Brüssel.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2011). Stellungnahme: Die Zukunft des europäischen Arbeitsmarkts – auf der Suche nach einer wirksamen Reaktion auf die demographische Entwicklung (SOC/400 – CESE1171/2011(DE)hd), Brüssel.

Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion (2010). Internet: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=752&langId=de&newsId=839&furtherNews=yes&langId=de> (Zugriff: 14.8.2011).

OECD (2011). Pensions at a Glance, Paris.

Statistik Austria (2011). Statistisches Jahrbuch Österreichs, Wien.

1 So wird z.B. im zentralen EU-Dokument zum demografischen Wandel darauf hingewiesen, dass demografische Prognosen auf relativ kurze Zeiträume bezogen verlässlicher sind als ökonomische, dass dies für etwas längere Perspektiven von z.B. 25 Jahren jedoch nicht mehr zutrifft (EU-Kommission 2009, 35).

2 Die Alterung wird, mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichem Tempo, nicht nur in den EU-Ländern, sondern auch in anderen Teilen der Welt stattfinden.

3 Die Bezeichnung „Standard-Szenario“ wurde gewählt, weil dieses Szenario im Wesentlichen den Arbeitsmarktannahmen der Pensionskommission folgt.

4 In Anbetracht der erwarteten Stagnation bzw. des leichten Rückgangs der Zahl der Menschen im Erwerbsalter wird – bei weiterem Wirtschaftswachstum – von fast allen WirtschaftsforscherInnen ein Anstieg der Beschäftigungsquoten erwartet. Wie hoch dieser Anstieg ausfallen wird, ist nicht zuletzt davon abhängig, welche Weichenstellungen heute in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gesetzt werden.